

# Frankreich: Essen auf der Terrasse verboten



Ein aus dem Senegal stammender Familienvater (vermutlich muslimischen Glaubens) saß friedlich auf der Terrasse eines Restaurants in Lyon beim Mittagessen. Er beging ein furchtbar beleidigendes Verbrechen. Wie kann jemand aus dem „Haus des Friedens“ im Ramadan tagsüber öffentlich Essen? Drei Jugendliche [stürzten sich auf ihn und griffen ihn an](#).

Sie schlugen ihm mit einer Glasflasche den Schädel ein und verprügelten ihn mit einem Stuhl. Trotz Überwachungskamerabildern scheint die Suche nach den Tätern aus Angst vor noch mehr Opfern zu versanden.

Drei Tage später wurde eine Jüdin in Toulouse von zwei Jugendlichen beim Lebensmitteleinkauf während des Ramadan angegriffen. Sie schlugen die Frau, warfen sie zu Boden und beschimpften sie als „sale juive“ (Drecksjüdin). Ein Wachmann schaute zu und griff nicht ein – er war selber Moslem und die Einhaltung de Ramadan erschien ihm wichtiger. Das ist Frankreich 2010.

*(Spürnase: AM)*

---

# Es gibt kaum Ausländerfeindlichkeit



Wie immer, wenn es bei der WELT hervorragende Artikel gibt, ist auch dieser von Michael Miersch. Er fragt sich zurecht, warum das Benennen von Problemen, die es mit einigen Ausländern aus bestimmten Ländern gibt, automatisch für den Betreffenden den Stempel „Ausländerfeindlichkeit“ bedeuten. Und Michael Miersch sagt deutlich, dass es bei uns keine „Ausländerfeindlichkeit“ gibt.

Er [schreibt](#):

*Wir haben kein generelles Ausländerproblem – sondern ein Problem mit den Deutschen, die alle Migranten immer in einen Topf werfen.*

*Aygül Özkan (CDU) ist ganz schnell zurückgerudert. Nachdem ihre „Mediencharta für Niedersachsen“ vorab öffentlich wurde, erklärte die Sozialministerin, „die Charta war und ist als eine erste mögliche Diskussionsgrundlage gedacht“. Nichts läge ihr ferner, als die Unhängigkeit der Medien in irgendeiner Form zu berühren. Das klingt nicht allzu überzeugend, wenn man zuvor Journalisten unterschreiben lassen wollte, wie sie künftig über Migrationsthemen zu berichten hätten. Ein seltsames Ansinnen, nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Pressefreiheit.*

*Man fragt sich: Wie kommt die Ministerin darauf, dass es hierzulande ein Problem mit unsensibler oder gar vorurteilsbeladener Berichterstattung in den Medien gibt? Abgesehen von einigen verwirrten Websites und den Hetzblättern der NPD: Wer schreibt oder sendet in Deutschland Despektierliches über Ausländer? Selbst in den größten Boulevardblättern ist man unentwegt bemüht, möglicherweise*

vorhandene Vorurteile abzubauen. Die Begeisterung für unsere bunte Nationalmannschaft in den Tagen der Fußballweltmeisterschaft war von keinem Fünkchen Ressentiment gegen nicht deutschstämmige Spieler getrübt.

(...)

Schön, aber wer ist gemeint? Der indische Restaurantbetreiber, der vietnamesische Student, der senegalesische Küchenhelfer, der chinesische Ingenieur?

Von diesen Mitbürgern hört man eigentlich nie den Ruf, man möge doch „kultursensibler“ mit ihnen umgehen. Wenn sie nicht gerade das Pech haben, in bestimmten Dörfern und Kleinstädten Ostdeutschlands zu wohnen, interessiert ihr ungermanisches Aussehen niemanden. Manche pflegen die Traditionen ihrer Herkunftsländer, andere haben sie abgelegt. Die meisten bleiben der Religion ihrer Eltern treu. Auch das ist weder für sie noch für ihre Umgebung ein Problem.

Ein Problem ist dagegen, dass die Worte wie „Migrationshintergrund“, „Ausländer“ und „Integrationsdefizit“ ein Code geworden sind. Ein Code, der aus falscher Rücksicht verschleiern soll, worum es geht. Jeder weiß, wer damit gemeint ist. Aber die wenigsten sprechen es aus. Unsere erfreulich bunt gewordene Republik hat Schwierigkeiten mit einem großen Teil der Zuwanderer aus der arabischen Welt, und mit einem kleinen Teil der türkischen und kurdischen Immigranten. Und diese haben Schwierigkeiten mit der Freiheit in dieser Republik.

Ja, es gibt gelegentlich auch Ärger mit Kriminellen aus Russland, Rumänien und dem früheren Jugoslawien. Doch die ganz überwiegende Zahl dessen, was man Integrationsdefizite nennt, betrifft die drei genannten Kulturen. Der ARD-Film „Kampf im Klassenzimmer“, der vor einigen Tagen für viel Wirbel sorgte, hätte in keiner Schule mit hohem Vietnamesenanteil gedreht werden können.

Wenn Zeitungen über Heroindealer im Kinderalter, über

*Familienclanschlägereien im Schwimmbad, über wegen ihres Lebenswandels ermordete Töchter oder antisemitische Randale berichten, weiß der Leser automatisch, dass es sich nicht um Inder, Angolaner oder Tschechen handelt. Wenn – wie vor ein paar Tagen in Frankfurt geschehen – ein Fahrgast die Straßenbahnfahrerin schlägt, weil er sich so sehr über ein Reklameplakat mit halb nackten Menschen in der Tram aufregt, kann sich jeder denken, dass dies kein Pole oder Italiener war.*

*Was ist eigentlich so schwierig daran, diese einfach jedem bekannte Tatsache auszusprechen? Einerseits haben natürlich die Vertreter der betroffenen Einwanderergruppen ein Interesse daran. Sie verstecken sich gern hinter dem Begriff „Ausländer“ und erklären die Konflikte am liebsten mit dem „Rassismus“, der in Deutschland angeblich überall lauern würde.*

Es geht schon lange nicht mehr um Inhalte. Denn da hätten die Schreihälse das Nachsehen. Deshalb muss die Diskussion schon im Vorfeld mit der Rassismus-Keule abgewürgt werden. Nur so schwimmen die Gutis weiter oben.

*(Dank an alle Spürnasen)*

---

## **US-Bürger entschuldigen sich für Obama**

✘ 2400 gelbe Rosen als Zeichen der Freundschaft und Entschuldigung – das ist das Ergebnis des ersten Tages einer Kampagne, mit der sich US-Bürger für das rüpelhafte Benehmen ihres Präsidenten, aber nicht Repräsentanten, beim

israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu entschuldigen.

Auslöser für den Aufstand der Anständigen, der diese Bezeichnung verdient, war die unverschämte Behandlung der israelischen Delegation im weißen Haus, die nicht nur alle protokollarischen Gepflogenheiten, sondern auch alle allgemein gültigen Regeln des Umgangs unter zivilisierten Menschen vermissen ließ. Kein Wunder, dass [die antisemitische Süddeutsche Zeitung](#) voller Häme berichtete – glücklich, dass man erstmals seit dem Ableben von Roland Freisler durch eine amerikanische Fliegerbombe im Februar 1945 wieder schenkelklopfend und ohne Gewissensbisse die öffentliche Demütigung eines Juden belachen konnte, der „mit zerzaustem Kopf und leeren Händen“ wie der „Wesir von Unter-Senegal“ aus dem weißen Haus gejagt wurde:

*Netanjahu in der Honigfalle: Beim Treffen im Weißen Haus ließ Präsident Obama den Premier spüren, was er von Israels Provokationen hält. (...)*

*Präsident Barack Obama höchstselbst hat ihn spüren lassen, dass die alte Siedlungsbau-Politik und die neuen Anstrengungen im Friedensprozess nicht zusammenpassen. Netanjahu weiß nun: Washington war ein Wendepunkt.*

*Auf dem langen Rückflug dürfte er sich gewünscht haben, die Reise erst gar nicht angetreten zu haben. Dabei hatte es doch anfangs so viele schöne Versöhnungszeichen gegeben nach all den hässlichen Worten im Streit um israelische Baupläne im arabischen Ostteil von Jerusalem: Der alte Freund und Vize-Präsident Joe Biden fand Zeit für ein Dinner, Außenministerin Hillary Clinton betonte zuckersüß und felsenfest die Freundschaft zu Israel, im Kongress erntete Netanjahu Applaus, und seine Rede bei der einflussreichen israelischen Lobby-Organisation Aipac war ohnehin ein Heimspiel in Amerika.*

*Doch all das war nur die Ouvertüre dafür, was in Israel nun*

als „Honigfalle“ gesehen wird, in die Netanjahu tappte. Nach diesem Auftakt hatte er sich wohl zu sicher gefühlt.

Zur eigenen Hybris kam das Pech, dass in seiner Regierung Dilettantismus und Chuzpe miteinander koalieren. Während er sich den Weg zu einem Treffen mit Präsident Obama ins Weiße Haus bahnte, wurden in der Heimat wieder einmal zur Unzeit Pläne für ein jüdisches Projekt im arabischen Viertel Scheich Dscharrah veröffentlicht. Obama musste das als weitere Provokation verstehen und das zahlte er zurück mit einem Empfang, über den nun ein israelischer Kommentator spottet, man hätte Netanjahu behandelt wie „den letzten Wesir von Unter-Senegal“.

Vom Treffen hinter verschlossenen Türen gibt es kein gemeinsames Foto und schon gar keine gemeinsame Erklärung. Konträre Ansichten prallten im Oval Office aufeinander, und nach 90 Minuten, so wird berichtet, sei Obama einfach aufgestanden und zum Abendessen mit Michelle und den Kindern entschwunden.

„Ich bin nicht weit weg, lasst es mich wissen, wenn es was Neues gibt“, soll er gesagt haben. Nach dem Essen schenkte der Präsident dem Gast noch 35 Minuten – aber immer noch kein Verständnis.

Auch in den USA wurde das rüpelhafte Benehmen des schwarzen Cowboys registriert, aber nicht mit Genugtuung, sondern mit Scham. Nach einem [Bericht der World Net Daily](#) sind amerikanische Bürger entsetzt, und wollen Israel nun ihrer Freundschaft und Solidarität versichern. Die Kolumnistin Janet Porter kommentierte:

Während Obama Diktatoren umarmt und mit Feinden der Freiheit überall auf der Welt in Kameras lächelt, war ich fassungslos, wie er Premierminister Netanjahu behandelt – unseren besten Freund im Nahen Osten.

Gemeinsam mit der Organisation Faith2Action startete die Journalistin die Aktion [Israel Friendship Project](#), mit der Bürger dem israelischen Premier jeweils ein Dutzend gelbe Rosen als Zeichen der Freundschaft schicken, verbunden mit einem persönlichen Gruß und dem Psalm 147:2: „Der Herr erbaut Jerusalem“.

Janet Porter weiter:

*Wir haben judenfreie Gebiete in Deutschland erlebt, und in muslimischen Ländern. Aber will Obama diese empörende Forderung wirklich für Jerusalem stellen – Israels eigene Hauptstadt?*

Nach Angaben der World Net Daily hat Netanjahu bereits am ersten Tag der Aktion 2.400 Rosen erhalten.

Währenddessen sinkt Obamas Stern weiter im eigenen Land. Nach einer repräsentativen [Umfrage von CBS-News](#) ist die Zustimmung zu Obama in den USA seit dem April letzten Jahres um sensationelle 24% gesunken – mehr Minus, als es je einer seiner Vorgänger geschafft hätte. Mit nur noch 44% Zustimmung kann man Obama schon heute als den schlechtesten Präsidenten der USA aller Zeiten ausmachen. Man darf gespannt sein, ob die Nachricht jemals bis zu deutschen Journalisten durchdringen wird.

*(Spürnase: Moderater Taliban)*

---

## **In welche Länder Westertelle**

# nicht reisen dürfte



Guido Westerwelle avanciert wohl zu unserem neuen Außenminister. Seine Homosexualität ist kein Geheimnis. Allerdings gibt es viele Länder, in denen dafür lebenslange Haft oder gar die Todesstrafe droht. Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle präsentierte im Juli 2004 bei einer Feier zum 50. Geburtstag der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel erstmals seinen männlichen Lebenspartner in der Öffentlichkeit.

(Von [Michael Grandt](#))

Seine Homosexualität war kein Geheimnis mehr und auch andere Politiker in Spitzenämtern stehen dazu. Etwa Klaus Wowereit (SPD, Regierender Bürgermeister von Berlin), Ole von Beust (CDU, Erster Bürgermeister von Hamburg) und Volker Beck, Bundestagsabgeordneter der GRÜNEN. Es ist eine Errungenschaft unserer Demokratie und unserer Gesellschaft, dass dies bei uns möglich ist.

Anders sieht das allerdings in verschiedenen Ländern der Erde aus. Guido Westerwelle wird als Außenminister die Bundesrepublik im Ausland repräsentieren und dabei wohl auch mit Staatsoberhäuptern konferieren, in deren Ländern Homosexuelle kriminalisiert und sogar mit der Todesstrafe bedroht werden.

Im vergangenen Dezember hatte Westerwelle schon einmal erste außenpolitische Leitlinien formuliert. Explizit sprach er sich dafür aus, jenen Staaten die Entwicklungshilfe zu streichen,



»wo Männer und Frauen hingerichtet werden, nur weil sie homosexuell sind«.

Guido Westerwelle dürfte also in verschiedene Länder gar nicht einreisen, weil diese Gesetze gegen Homosexualität und gleichgeschlechtliche Liebe verabschiedet haben.

Hier eine Auflistung dieser Staaten und deren Höchststrafen:

## **AFRIKA**

Ägypten: 3 Jahre Haft

Algerien: 3 Jahre Haft

Äthiopien: 3 Jahre Haft

Benin: 3 Jahre Haft

Botswana: 7 Jahre Haft

Eritrea: 3 Jahre Haft

Gambia: 14 Jahre Haft

Guinea: 3 Jahre Haft

Kamerun: 5 Jahre Haft

Kenia: 14 Jahre Haft

Liberia: Bußgeld

Libyen: 5 Jahre Haft

Malawi: 5 Jahre Haft

Marokko: 3 Jahre Haft

Mauretanien: Todesstrafe ohne Ausnahme

Mauritius: 5 Jahre Haft

Mosambik: 3 Jahre Haft

Nigeria: Todesstrafe durch Steinigung oder 14 Jahre Haft (nur für Männer)

Sambia: 14 Jahre Haft (nur für Männer)

Sansibar: 25 Jahre Haft, da mit Mord gleichgestellt (7 Jahre Haft für Frauen)

Senegal: 5 Jahre Haft

Sierra Leone: Lebenslänglich

Simbabwe: 3 Jahre Haft

Somalia: Todesstrafe (in Gebieten, in denen die Sharia gilt), ansonsten 3 Jahre Haft

Sudan: Todesstrafe  
Tansania: 14 Jahre Haft  
Togo: 3 Jahre Haft  
Tunesien: 3 Jahre Haft  
Uganda: 20 Jahre Haft (nur für Männer)

## **ASIEN**

Afghanistan: 15 Jahre Haft  
Bahrain: 10 Jahre Haft (nur für Männer)  
Bangladesch: Lebenslänglich  
Brunei: 10 Jahre Haft  
Iran: Todesstrafe (nur für Männer), 100 Peitschenhiebe (für Frauen)  
Jemen: Todesstrafe  
Katar: 5 Jahre Haft  
Kuweit: 7 Jahre Haft  
Libanon: 1 Jahr Haft  
Malaysia: 20 Jahre Haft  
Malediven: 10 Jahre Haft  
Myanmar: Lebenslänglich  
Nepal: 1 Jahr Haft  
Oman: 3 Jahre Haft  
Pakistan: Lebenslänglich (nur für Männer)  
Saudi Arabien: Todesstrafe  
Singapur: Lebenslänglich  
Sri Lanka: 10 Jahre Haft  
Syrien: 3 Jahre Haft  
Turkmenistan: 2 Jahre Haft (nur für Männer)  
Usbekistan: 3 Jahre Haft (nur für Männer)  
Vereinigte Arabische Emirate: 10 bis 14 Jahre Haft

## **NORD- und MITTELAMERIKA**

Antigua und Barbuda: 15 Jahre Haft  
Barbados: Lebenslänglich  
Grenada: 10 Jahre Haft (nur für Männer)  
Jamaika: 10 Jahre Haft, verbunden mit schwerer Zwangsarbeit

(nur für Männer)

St. Kitts und Nevis: 10 Jahre Haft (nur für Männer)

St. Lucia: 10 Jahre Haft

St. Vincent und die Grenadinen: 10 Jahre Haft

Trinidad und Tobago: 25 Jahre Haft

## **OZEANIEN**

Cookinseln: 14 Jahre Haft (nur für Männer)

Kiribati: 14 Jahre Haft (nur für Männer)

Palau: 10 Jahre Haft (nur für Männer)

Papua-Neuginea: 14 Jahre Haft (nur für Männer)

Samoa: 7 Jahre Haft

Salomonen: 14 Jahre Haft

Tonga: 10 Jahre Haft (nur für Männer)

Tuvalu: 14 Jahre Haft (nur für Männer)

## **SÜDAMERIKA**

Guyana: Lebenslänglich

Man darf also gespannt sein, wie manche Staatschefs unseren designierten, neuen Außenminister aufnehmen werden.

(Quelle: [KOPP-Verlag](#))



# Schwarze Liste der Durban II-Teilnehmer



Mehrere Staaten haben der Israel-Hasser-Konferenz, bekannt als [Durban II](#), in Genf eine Abfuhr erteilt. Es sind Kanada, Italien, Australien, Neuseeland, die Niederlande, Deutschland, Israel und die USA. [Neuste Absagen](#) sind aus Polen, Schweden und Tschechien hinzugekommen. Nebst dieser [sehr kurzen weißen Liste](#), veröffentlichen wir hier die viel längere schwarze Liste der Staaten, die in Genf vertreten sind oder nicht abgesagt haben und ihrem Judenhass unter dem Deckmäntelchen der Rassismus- und Diskriminierungsbekämpfung freien Lauf lassen können.

Zu den geladenen Gästen und Nicht-Boykottierern gehören [alle anderen UNO-Mitgliedstaaten](#) (in alphabetischer Reihenfolge):

*Afghanistan, Ägypten, Albanien, Algerien, Andorra, Angola, Antigua und Barbuda, Äquatorialguinea, Argentinien, Armenien, Aserbaidschan, Äthiopien, die Bahamas, Bahrain, Bangladesch, Barbados, Weißrussland (Belarus), Belgien, Belize, Benin, Bhutan, Bolivien, Bosnien-Herzegowina, Botsuana, Brasilien, Brunei, Bulgarien, Burkina Faso, Burundi, Chile, die „Volksrepublik“ China, Costa Rica, Dänemark, Dominica, die Dominikanische Republik, Dschibuti, Ecuador, die Elfenbeinküste, El Salvador, Eritrea, Estland, die Fidschi-Inseln, Finnland, Frankreich, Gabun, Gambia, Georgien, Ghana, Grenada, Griechenland, Großbritannien (Vereinigtes Königreich), Guatemala, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Haiti,*

*Honduras, Indien, Indonesien, Irak, der Iran, Irland, Island, Jamaika, Japan, der Jemen, Jordanien, Kambodscha, Kamerun, Kap Verde, Kasachstan, Katar, Kenia, Kirgisistan, Kiribati, Kolumbien, die Komoren, die Republik Kongo, die Demokratische Republik Kongo, Nord-Korea, Süd-Korea, Kroatien, Kuba, Kuwait, Laos, Lesotho, Lettland, der Libanon, Liberia, Libyen, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Madagaskar, Malawi, Malaysia, die Malediven, Mali, Malta, Marokko, die Marshallinseln, Mauretanien, Mauritius, Mazedonien, Mexiko, Mikronesien, Moldawien, Monaco, Mongolei, Montenegro, Mosambik, Myanmar, Namibia, Nauru, Nepal, Nicaragua, Niger, Nigeria, Norwegen, Oman, Osttimor, Österreich, Pakistan, Palau, Panama, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, die Philippinen, Portugal, Ruanda, Rumänien, Russland, die Salomon-Inseln, Sambia, Samoa, San Marino, São Tomé und Príncipe, Saudi-Arabien, die Schweiz, Senegal, Serbien, die Seychellen, Sierra Leone, Simbabwe, Singapur, die Slowakei, Slowenien, Somalia (vermutlich inklusive Seeräuber), Spanien, Sri Lanka, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Südafrika, der Sudan, Surinam, Swasiland, Syrien, Tadschikistan, Tansania, Thailand, Togo, Tonga, Trinidad und Tobago, der Tschad, Tunesien, die Türkei, Turkmenistan, Tuvalu, Uganda, die Ukraine, Ungarn, Uruguay, Usbekistan, Vanuatu, Venezuela, die Vereinigten Arabischen Emirate, Vietnam, die Zentralafrikanische Republik und Zypern.*

**Mehrere europäische Staaten haben ihre Teilnahme offiziell bestätigt. Darunter befinden sich Frankreich, Großbritannien, Spanien, die Schweiz, Norwegen, Finnland und einige andere. Feder führend am Genfer-Kongress sind jedoch nicht etwa die Europäer, sondern Staaten wie Saudi Arabien, der Iran, Libyen, Kuba und Afghanistan. Ebenfalls bestätigterweise offiziell mit von der Partie ist, obwohl nicht UNO-Mitgliedsstaat, [der Vatikan](#).**

Außerdem sind [verschiedene weitere Personen und Organisationen](#) am Kongress anwesend. Zum Teil als Unterstützer, zum Teil [als](#)

## „Störer“:

- Alle regionalen Organisationen und Kommissionen, die an der Vorbereitung regionaler Treffen beteiligt sind.
- Vertreter von Organisationen, die von der Vollversammlung als Beobachter eingeladen wurden.
- Auf die UNO spezialisierte Organisationen, regionale Kommissionen, Körperschaften und Projekte.
- UNO-Experten auf dem Gebiet der Menschenrechte
- Interessierte Nichtregierungsorganisation (NGOs), die durch Beobachter vertreten sind, in Übereinstimmung mit Resolution 1996/31 des UN-Wirtschafts- und Sozialrates.
- Weitere interessierte Regierungsorganisationen, die als Beobachter vor Ort sind.

Sie können per [Web-Stream](#) und [Live-Stream](#) die Versammlung von zuhause aus ebenfalls beobachten. Falls Sie selbst „stören“ wollen, kommen Sie [am Mittwoch nach Genf](#).

---

## **75-Jährige in Mali entführt**



Jenseits der Zivilisation leben die edlen Wilden. Anders als andere Nationen, insbesondere als dumme Amerikaner oder aggressive Israelis, wissen wir multikulturell hochgebildeten Deutsche: Man muss den durch die Schuld des Westens schwer Geschädigten nur mit Freundlichkeit und Demut begegnen, um in den Genuss ihrer warmherzigen Gastfreundschaft zu kommen. Wenn es mal schiefgeht, und die Gastfreundschaft gar nicht mehr

enden will, helfen ein paar Millionen deutsche Steuergelder als Lösegeld – und zur weiteren Aufrüstung der Warlords. Das sollte uns die Völkerverständigung wert sein.

[WELT-online berichtet](#) über die Entführung einer 75-jährigen Deutschen, die nach Medienberichten mit einer Reisegruppe Feiern der Tuareg in Niger besuchte und auf der Rückreise nach Mali überfallen und gemeinsam mit zwei Schweizern und einem britischen Mitreisenden entführt wurde:

*Die Sahara im Nordwesten Afrikas entwickelt sich zunehmend zum Transportweg für Waffen-, Drogen- und Menschenhändler sowie zum Rückzugsgebiet von Terroristen. Davor warnte der Präsident Malis, Amadou Touré. Die Region im Norden Malis, in den Nachbarländern Mauretanien und Algerien sei kaum besiedelt und nur sehr schwierig kontrollierbar. „Die Routen führen von der Küste von Senegal und Mauretanien über Mali, Niger, Burkina Faso und Algerien hinauf zum Mittelmeer und dann nach Europa“, sagte Touré, der kürzlich zu Gesprächen mit Kanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Horst Köhler in Berlin war. Geschmuggelt würden Heroin und Kokain ebenso wie Waffen und Flüchtlinge, die illegal in die EU einwandern wollten.*

*In der Region kommt es zudem immer häufiger zu Entführungen. Das Auswärtige Amt in Berlin teilte am Freitag mit, es sei eine deutsche Staatsangehörige entführt worden. Die 75-Jährige kommt aus Darmstadt, wie der Heidelberger Reiseveranstalter Oase-Reisen erklärte. Die Schweiz bestätigte die Verschleppung eines Ehepaares, zudem soll ein Brite zu den Opfern gehören. Nach Angaben aus Mali fuhren die Touristen und ihre afrikanischen Begleiter in einem Konvoi von drei Fahrzeugen auf dem Rückweg vom Kulturfestival Anderamboukane von Mali nach Niger. Der Fahrer des ersten Wagens konnte demnach flüchten, obwohl auf sein Auto geschossen wurde. In diesem Auto befand sich aber kein Tourist.*

In der Grenzregion zu Niger wie auch im Norden Malis kommt es seit vielen Jahren zu Aufständen von Tuareg, einem Nomadenstamm, dessen Lebensraum sich über mehrere Länder der Region erstreckt. Ihre Hauptforderungen an der Regierung Malis: mehr Autonomie und mehr Teilhabe an dem Wirtschaftswachstum des Landes. Im Jahr 1992 wurde ein Friedensabkommen geschlossen. Die Tuareg fühlten sich jedoch weiterhin benachteiligt und griffen erneut zu den Waffen, auch weitere Abkommen in den kommenden Jahren brachten keinen Frieden. „Wir haben nicht alle Bedingungen des Abkommens von 1992 erfüllt“, gibt Touré im Gespräch mit WELT ONLINE zu. Der Geografie- und Geschichtslehrer, der später eine Militärlaufbahn einschlug und zum General aufstieg, hatte 1991 die autokratische Regierung gestürzt, sich aber bereits im Juni 1992 nach demokratischen Wahlen wieder aus der Politik zurückgezogen. Mit dem Sieg bei der Präsidentschaftswahl 2002 übernahm er erneut die Führung des Landes. Im Jahr 2007 wurde er für fünf Jahre wiedergewählt. Mali gilt als eine der wenigen stabilen Demokratien auf dem Kontinent.

Heute sei die Situation aber eine andere als in den 90er-Jahren, es gehe nicht um Unruhen unzufriedener Nomaden. Es sei eine Tuareg-Gruppe, die vor allem die für die Gewalt verantwortlich sei, sagt Touré. Anführer soll Ibrahim ag Bahanga sein, ein desertierter malischer Offizier. Seine Privatarmee umfasse nur etwa 150 Mann, aber die Truppe, mit der er konkurrierende Clans und das malische Militär gleichermaßen bekämpft, sei gut ausgerüstet, mit modernen Waffen und Landminen. Bei heftigen Gefechten im vergangenen Dezember in der Stadt Nampala – etwa 400 Kilometer nördlich der Hauptstadt Bamako – seien die Männer mit 50 Geländewagen angerückt, 30 von ihnen mit aufgebautem Maschinengewehr, sagt Touré. Die Gruppe sei sehr flexibel, sie tauche ständig an anderen Orten auf.

Besonders gefährlich werden die militanten Tuareg durch ihre



*Kooperation mit Fundamentalisten. So hatten Mitglieder der nordafrikanischen Al-Qaida-Zelle im Mai 2008 ein österreichisches Touristenpaar in Tunesien entführt und auf der Flucht mit ihnen im Einflussbereich der Tuareg Unterschlupf gefunden. Nach acht Monaten und der Vermittlung Malis kamen beide frei. Anfang 2003 hatten Islamisten in Algerien 32 Sahara-Touristen entführt, darunter neun Deutsche. Eine deutsche Geisel starb an einem Hitzschlag. Die malische Armee befreite 17 Entführte, im August kamen nach Verhandlungen die auch die anderen Geiseln frei. Fundamentalisten und Tuareg würden sich kennen, ist sich Touré sicher. „Sie alle bewohnen das gleiche Gebiet, sie alle profitieren von der Unsicherheit durch die Überfälle.“*

---

## **Angst vor Moslems: Sony stoppt Game**

✘ Der Islam ist die Religion des Friedens. Das wissen Sie und ich, aber dennoch gibt es immer noch Ungläubige, die dem Frieden, warum auch immer, nicht zu trauen scheinen. So der japanische Weltkonzern Sony (*Foto links*), der seinen geplanten Verkaufshit für das bevorstehende Weihnachtsgeschäft, ein Spiel für die Playstation, zurückzieht. Ein rechtgeleiteter Spieler hatte in der Hintergrundmusik des Spiels zwei Koransuren entdeckt.

Der [Spiegel berichtet](#):

*In einem Level des Spiels kommt das Stück „Tapha Niang“ des westafrikanischen Musikers Toumani Diabaté vor. Und dieses Stück, ein verschachteltes, orchestrales Werk (hier zu hören auf Diabatés MySpace-Seite), enthält neben Text in einem*

senegalesischen Dialekt auch zwei Zeilen auf Arabisch – und die entstammen dem Koran. Bisläng hat das offenbar niemanden gestört. Nachdem „Little Big Planet“ (LBP) in den USA aber vergangene Woche auf den Markt kam, bemerkte jemand das gesungene Koranzitat. In einem Forum wies ein eigenen Angaben zufolge muslimischer Spieler darauf hin.

„Zutiefst beleidigend“

„Wir Muslime empfinden die Vermischung von Musik mit Worten aus dem Heiligen Koran als zutiefst beleidigend“, schrieb er ins Forum, „wir hoffen, dass sie das Stück sofort durch einen Online-Patch aus dem Spiel entfernen werden und sicherstellen, dass künftige Lieferungen des Spiels es nicht mehr enthalten.“

Genau das tut Sony jetzt – und noch mehr. In Europa kommt das Spiel nicht wie geplant ab Donnerstag in den Handel, das Startdatum wird verschoben. Bisläng ist noch unklar, wie lange. In den USA werden noch nicht verkaufte Exemplare offenbar zurückgerufen.

Teuer wird die Sache auf jeden Fall: Die Blu-ray-Disks mit „Little Big Planet“ waren hierzulande schon seit Ende der vergangenen Woche auf dem Weg zu den Einzelhändlern. Lastwagenweise müssen sie nun zurückgeholt und vermutlich eingestampft werden.

In den USA bereits verkaufte Versionen von „Little Big Planet“, die das zwei Jahre alte Musikstück des Grammy-Preisträgers Diabaté noch enthalten, werden schon jetzt bei Ebay zu überhöhten Preisen weiterverkauft – als Sammlerstücke. Einer der Wiederverkäufer will für das Spiel 250 Dollar haben, bei einem Neupreis von 60 Dollar. Viele Gebote verzeichnen die Krisengewinnler bisläng allerdings nicht.

Koranverse als Klingelton sind gang und gäbe

*Für Sony ist die Verschiebung deshalb besonders schmerzhaft, weil man mit einem gewaltigen Verkaufserfolg für den Exklusivtitel rechnet. Das Spiel ist von der Fachpresse sehr gut bis euphorisch besprochen worden, und die knuddelige Optik könnte dem Konzern neue Zielgruppen erschließen. Bislang gilt die Playstation 3, im Gegensatz zu Nintendos Wii, eher als Gerät für den Hardcore-Gamer denn als Familienkonsole. Bei Sony hoffte man auf LBP als „System Seller“, also als Titel, dessentwegen sich Konsumenten die Konsole gleich dazu kaufen würden.*

*Möglicherweise hat man bei Sony mit der Rückrufaktion aber auch einfach ein bisschen überreagiert. Das japanische Mutterhaus des Konzerns entschuldigte sich sogar. Dabei sind gesungene Koranverse, ganz im Gegensatz zu dem, was der Forenposter schrieb, gar nichts prinzipiell Problematisches. In der arabischen Welt ist es beispielsweise gang und gäbe, gesungene Zeilen aus dem heiligen Buch als Handy-Klingelton zu verwenden, melodiöse Koran-Rezitationen laufen auch im Radio. Strenggläubige Muslime reagieren nur allergisch, wenn Nichtmuslime aus dem Koran zitieren oder Koranverse in einen beleidigenden Kontext gestellt werden.*

Sicher ... vielleicht ein bisschen überreagiert. Aber auch Muslime neigen bekanntermaßen schonmal zu Überreaktionen. Und so hat sich der Weltkonzern eben entschlossen, das Spiel zu überarbeiten. Aus Vorsicht. Oder wie heißt das Wort mit „F“?

*Vielen Dank allen Spürnasen!*

---

# Hugh Fitzgerald: Douce France



Douce France, eine scharfsinnige Betrachtung Hugh Fitzgeralds unserer Freunde im Lande Lafayettes, wurde erstmals [im Jahre 2004 veröffentlicht](#) und ist aktuell wie nie zuvor. Je stärker das Negative der islamischen Zuwanderung in Erscheinung tritt, desto aggressiver wird für den Islam geworben und desto intensiver wird werden die Köpfe in den Sand gesteckt. Bis alles zu spät ist.

## Douce France

Stell Dir vor, Du wärest ein verwöhntes Mitglied der französischen Elite. Ein Kind macht gerade die khâgne, und peilt rue d'Ulm an. Ein anderes ist derzeit politechnicien. Du genießt ein gutes Auskommen und bist verbeamtet. Du und Deine Gattin, ihr seid Journalisten oder Schriftsteller oder einer aus den grossen Heeresscharen die "recherches" ausführen, und das Leben ist gut, kommod, wie es sein sollte. Ja nun, Du bemerkst zunehmend mehr Muslime um Dich herum, wo immer Du umher gehst, nicht länger auf den banlieues, aber im Zentrum von Paris, oder Toulouse, oder Lyon. Und weißt Du noch, wie unbehaglich Dir zumute wahr, vor vier Jahren als Du zufällig über die Cannebière in Marseille spazieren gingst? Du hast sogleich einen Entschluss gefasst dann und damals, Du würdest nie dorthin zurückkehren.

Und Du hast Freunde, die im Süden wohnen. Und sie erzählen Dir, dass die beurs – einige nennen sie die maghrébins – allen das Leben zur Hölle machen. Sie greifen französische Kinder

auf dem Schulweg an. Sie zerstören mutwillig Personenwagen. Sie bedrohen, und noch mehr viel mehr als bedrohen sie jeden der noch immer so töricht ist mit einer Kippa oder einem Kreuz herauszugehen. Ganze Bezirke von Städten im Süden wie auch im Norden und Osten und Westen, wurden zu Tabuzonen für Nicht-Muslime. In den Schulen ist den Lehrern die Autorität abhanden gekommen. Sie können sogar die Spezialgebiete des Zweiten Weltkrieges, der Resitance und der Ermordung der Juden nicht behandeln, wie vom Staat verordnet; mit Recht befürchten sie die gewalttätige Reaktion der mohammedanischen Schüler.

Und während die Schulen für nicht-muslimische Schüler und Lehrkräfte zunehmend gefährlich werden, während mehr Zeit und Ressourcen der Disziplin statt dem Lernen gewidmet werden, derweil rechnen sich im Stillen französische Eltern und werdende Eltern, die künftig zu erwartenden Kosten ihrer Kinderplanung aus und schlagen auf ihre Budgets jetzt den Barwert, der, wie sie feststellen müssen, erforderlichen Hinzurechnung: das Schulgeld für Privatschulen. Und das wiederum bedeutet, dass diese französischen Menschen kleinere Familien planen werden. Und sie werden in ihre Rechnung den wachsenden Aufwand einbeziehen müssen, diese französischen Steuerzahler, die Auslagen, die sie leisten werden müssen für das steigende Gebilde der Sicherheit, für die Wächter in den Schulen, die Aufpasser in den U-Bahn Stationen und métros und Flughäfen und für das Bewachungspersonal auf Regierungsämtern, überall, den Aufwand zur Vorbeugung gegen die Vandalisierung der Grabsteine, zum Schutz der Synagogen und der Kirchen, die Umtriebe für all die Telefon-Abhörungen und die Agenten in den Moscheen, und Subventionen für Rechtsanwälte und Richter für die Anhörung von Anklagen gegen Muslime, und die Kosten zur Überwachung von Da'wa in den Strafanstalten (über 50% Muslime).

Doch den Muslimen sind die Aufwendungen des französischen Staates gleichgültig. Frankreich ist Teil der Welt und die gehört Allah und seinen Gläubigen. Diese Doktrin ist seit 1400

Jahren unveränderlich geblieben. Imam Bouziane, derjenige den sie seit Jahren versuchen, auszuschaffen, hat 16 Kinder von zwei Ehegattinnen, alle auf Kosten des französischen Staates lebend; ein charakteristischer muslimischer Mann. Mit der Zeit steigt die Differenz zwischen der durchschnittlichen Familiengröße von Muslimen und Nicht-Muslimen stetig. Und mit der Zeit, zerfällt das Bildungswesen. Eben jetzt kannst Du es vielleicht nicht sehen. Deine Kinder besuchen die besten Schulen, gefolgt durch die besten Lyceés. Du machst Ferien in der Normandie oder Bretagne, oder der Ile de Ré. Und Du benützt die Metro nicht oft genug, oder Du gehst durch die richtigen Quartiere, oder arbeitest in den richtigen Fabriken oder Büros, um je zu verstehen was zig Millionen Deiner französischen Landsleute ertragen müssen.

Du, im Moment, bist noch immer immun, bist immer noch mit Absicht unwissend. Du hast die letzten Jahrzehnte damit verbracht, Dich über die islamische Welt von Eric Rouleau zu informieren und von seinen Nachahmern (nachdem sie Peroncel-Hugoz, den einen Journaliste,n der die Wahrheit berichtete, zum Schweigen brachten) in Le Monde. Du bist zutiefst bewandert in der ständig berichteten, endlos ausufernden Niederträchtigkeit des mächtigen Imperiums Israels. Dir ist bekannt was uns allen eingepfercht wurde: dass die arabischen Muslime vernünftige Menschen sind, mit klar berechtigten Beschwerden, so mäßige und eingeschränkte Beschwerden, dass sie zufrieden gestellt werden. Alle sind sich bezüglich der „Lösung“ einig. Sie wird die „Zwei Staaten Lösung“ genannt, und gewiss ist sie eine „Lösung“, denn sonst freilich, würde sie ja nicht als eine „Lösung,, bezeichnet.

Und alles sieht aus wie früher: Die Lindenbäume, der Fluss, die Brücken, die étalage in der boulangerie im Wohnviertel. Douce France, cher pays de mon enfance. Am Ende des Schultages versammeln sich chic-feine Mütter wie auch schon, in den Ortschaften oder den Kleinstädten vor dem Schulgebäude – vor jener oder der anderen Ecole Jules Ferry – und warten darauf,

ihre Kinder abzuholen. Da kommen die Allerkleinsten aus Maternelle, da laufen sie – schau wie niedlich sie sind. Und da ist die CE1 Gruppe, mit den riesigen cartables auf ihren kleinen Rücken. Lauf, lauf lauf zu Mammi. Hoppla. Und dann Jahre des Büffelns, Büffelns, Büffelns, gekennzeichnet durch immer grössere cahiers – „cahier“ und „cartable“ diese Worte erfassen das französische DNA besser als Piaf oder Gauloises, nicht wahr? Und nun lasst uns die Bücher lesen und die Lehrfächer studieren, die ja so vollständig und präzise vom Bildungsministerium festgelegt sind. Und nun sind wir bereits am Endexamen am letzten Jahr, wir bereiten uns auf das Bac vor, mit Kopien von blau markierten BALISES, Handbücher zu Les Châtiments und La Peau de Chagrin. Und sieh Mal die Ergebnisse werden in der Zeitung gebracht: Claire-Alix erhielt eine mention très bien. Fantastisch. Alles ist perfekt, alles wird ewig so bleiben, ganze Länder können sich gar nicht wandeln. Es geht gar nicht.

Aber es ändert sich doch, es löst sich auf, leise, langsam – lasst uns bloß nicht zu nahe hingucken, wir dürfen dem nicht zuviel Beachtung schenken – die Straßen, die Schulen, die Spitäler, das Vermögen, die Wahrheit über Dinge auszusprechen, über das Leben wie es gelebt wird, la vita vissuta, wie sie im Nachbarland zu sagen pflegen. Dominique de Villepin wusste schon immer dass man sich keine Sorgen machen musste; er wurde schlussendlich in Salé, in der Nähe von Rabat geboren, er verbrachte sogar einige Jahre seiner frühen Kindheit dort; natürlich kennt er seine Araber, seine Muslime. Und Eric Rouleau sicherlich, Jahrzehnte lang alteingesessener Experte im Le Monde für den Mittleren Osten (so sachkundig war er, dass er die Lehren des Koran und der Sunna nie auch nur zu erwähnen brauchte), gewiss wusste er alles, nicht wahr? Und diese französischen Übersetzungen von Edward Said, die mit solcher Leidenschaft die Islamophobie anprangerten, und die böswilligen Zerrbilder, mit denen der blinde und verrottete Westen schon seit jeher die arabisch-mohammedanische Welt lächerlich machte. Ach, wir waren so schrecklich zu den

Arabern, wir Kolonialisten, wir Franzosen, wir Abendländer. Und dann gibt es noch diese unendliche Gemeinheit Israels, dieser immerwährende kolonialistische Wundherd. Natürlich haben sie jedes Recht, die Muslime, um hier-her zu kommen, nach Frankreich. Einst gingen wir zu ihren Ländern, nun kommen sie zu uns. Und sie haben jedes Recht uns zu hassen, oder?

Und jetzt sind wir entschlossen, nicht mehr zu verstehen, und alle Bänder der Sympathie mit Israel abzuschneiden, – und wieso hegten wir überhaupt jegliche Sympathie zu ihnen eigentlich, wie einige unserer Eltern damals in 1948 oder 1956 oder 1967? Konnten sie nicht sehen was das „Palästinensische Volk durchmachen musste? Hanan, Yassir, Said, Saeb, Aziz, Walid, Rashid, Mohammed – Du hast unsere Herzen und unsere Überzeugungen erobert. Nimm uns, mach mit uns was Du willst.

Keiner sagt, was sich abspielt oder welche Überlegungen wir anstellen sollten, darüber nachzudenken, was zu tun wäre, damit wir uns retten können. Niemand mit jeglichem Anstand. Und was immer Le Pen und Megret sagen, wir müssen das Gegenteil bewähren (außer natürlich, wenn sie ihre Feindlichkeit gegenüber „den Juden“ zum Ausdruck bringen). Mach nicht darauf aufmerksam, denk nicht daran. Freie Gedanken mögen in der Theorie recht sein, aber wahrhaftig – überleg doch die Konsequenzen. **Wage nicht ausserhalb des Rahmens zu denken**, der läuft über mit idées reçues. Défense de penser au dehors du box.

Nein. Alles wird in Ordnung sein, während Du entlang des Boulevards Stralemann flanierst. Diese Moslems werden uns nie gewachsen sein. Sieh Mal, schau doch wie die legionnaires marschieren à pas lent, die Champs-Élysées herab, denk doch an die Reihe der Wüstenssiege. In unseren Köpfen ist 1930 und da gleich ist die Exposition coloniale. Erinnerst Du dich, tu t'en souviens, das Gemälde von le Douanier Rousseau, oder? Mit dem Araber mit dem Burnus der neben dem farbigen Senegalesen steht? Stimmt doch, ich hab doch recht? Frankreich wird immer Frankreich bleiben. Nichts wird sich ändern.



An einem gewissen Punkt, trotz allem, was Dich davon abhält, nicht das zu sehen was Dir direkt ins Gesicht starrt, realisierst Du, dass etwas furchtbar schief gelaufen ist mit Deinem Land und dass Du und Deine Kinder Gefahr laufen, das Land zu verlieren, bis aufs letzte Dorf und Haus, qui m'est une province et beaucoup davantage. Und Du weißt nicht, was zu tun oder wie dieses Gefühl anderen zu vermitteln oder denen, denen Du Deine geheimen Ängste anvertraust, oder was zu tun wäre. Es ist so konfus und so ärgerlich. Du kannst nicht für Le Pen wählen. Du kannst „Cowboy“ Bush nicht befürworten oder diese unmöglichen Amerikaner. Du kannst Dich nirgend wo hinwenden.

Und dann erfährst Du was Jacques Chirac – der bereits ein muslimisches Enkelkind hat – und Dominique de Villepin, nicht möchten, dass Du es erfährst. Denn falls Du es solltest, könntest Du sehr aufgebracht werden. Du entdeckst, dass jedes dritte Baby, das in Frankreich heute geboren wird, ein Moslem-Baby ist. Und das bedeutet, dass in 20 Jahren, einer von drei Zwanzigjährigen ein muslimischer Zwanzigjähriger sein wird. Und das heisst, dass zwanzig Jahre später, mit den heutigen Geburtsraten, Frankreich eine muslimische Mehrheit haben wird. Wo werden wir die Statuen aus Marly-le-roi verstecken? Und die Venus von Milo? Und was soll aus diesen Bildern von lebendigem Leben werden? All diese Portraits im Louvre, und dem Grand Palais, und dem Musée Guimet dort in der Linden-gesäumten Aix, und überall in dem mit Kunst gefüllten kunstvollen Frankreich, mère des arts, des armes, et des loix – welche ausgesprochen verboten sind gemäß den unveränderlichen Beschränkungen des Korans. Sollen sie zur Verwahrung verschickt werden zu diesen Amerikanern in Übersee?

Bis dann werden die meisten Juden Frankreich bereits verlassen haben, über die Meere für ihr eigenes Wohl, nach Israel oder ins englischsprachige Kanada (Sie machten sich Sorgen über die moslemische Bevölkerung von Quebec, weißt Du, welcher gestattetet wurde, heranzuwachsen, unter der Politik der

Provinz von Quebec die frankophonen Einwanderer zu fördern, und Nord Afrikaner vorzuziehen anstelle von potentiellen Einwanderern aus Italien, Griechenland, Spanien), und vor allem nach Amerika. Welch Glück die Amerikaner hatten. Keine Legate mehr für Frankreich von den ihresgleichen der Rothschilds oder der Nissim Camondos. Keine Spenden eines anderen Pierre Lévy's. Genieße die kufische Kalligraphie; einige finden unendliche Faszination daran.

Für den Moment erlaubst Du Dir die Vorstellung, es wird schon wieder werden. All diese Muslime werden höchstwahrscheinlich einfach konvertieren. Ich meine doch, das tun sie, nicht wahr, recht leicht, so sagt man mir. Natürlich, wieso habe ich nicht gleich daran gedacht, genau so wird es sein. Die Lage wird immer im richtigen Moment gerettet. Genau wie im Krieg. Man braucht sich keine Sorgen zu machen. Gar keine.

*(Danke an Die Realität)*

---

## Outing eines Rechten

Man muss nicht alles unterschreiben, was auf dem „Wunschzettel eines national denkenden Deutschen“ geschrieben steht, aber bemerkenswert ist er in jedem Fall – auch und vor allem weil er auf ZEIT-Online veröffentlicht wird. Auszug: „Ich wünsche mir, dass wir als Volk unsere Identität bewahren. Das ist eigentlich nichts besonders Erwähnenswertes – jeder Patriot in welchem Land der Erde auch immer wünscht sich das. Ich wünsche mir also nur, was sich auch jeder Türke, Senegalese oder Franzose wünscht. Ich darf das nur nicht. Es widerspricht dem Zeitgeist. Ich habe multi-kulturell zu sein.“ [Weiter...](#)

**Update:** Das Jessen-Zentralorgan hat erwartungsgemäß die

falsche Meinung mit dem Hinweis

*(entfernt. Bitte beachten Sie, dass wir derlei Gedankengut hier nicht veröffentlichen wollen. Die Redaktion/jk)*

gelöscht. Glücklicherweise haben sechs PI-Leser den Text des Anstoßes für die Nachwelt bewahrt und uns zur Verfügung gestellt. Wir danken *Peter P., Martin H., Veritas, Touchdown69, Reinhard P., Thor A.* und *Lalaki* herzlich für ihre Mithilfe.

### ***Wunschzettel eines national denkenden Deutschen***

*Ja, ich bin ein deutscher Nationalist. Und – oh Wunder – ich esse mit Messer und Gabel, trage weder Glatze, noch Springerstiefel. Ja, ich kann mich sogar gewählt ausdrücken – jawohl, ja. In Wort und Schrift. (Das „jawohl“ nehme ich hiermit lieber zurück Anti-Nazi-Prophylaxe, Sie verstehen). Ich bin gern höflich im Umgang mit Mitmenschen, ganz egal, ob gegenüber einer putzfrauenden Türkin oder einem top-managenden Deutschen. So ist der Umgang miteinander einfacher. Das Leben ist schon schwierig genug, man muß es sich nicht noch selbst schwieriger machen, oder?*

*Vielleicht macht mich gerade mein zuvor beschriebenes Verhalten ja so gefährlich. Vielleicht möchte ich Sie ja nur einlullen, mich Liebkind bei Ihnen allen machen. Und dann, wenn Sie schon gar nicht mehr damit rechnen, dann werde ich Sie überrumpeln. Denn ich bin das Böse – ich bin ein Nationalist (Sie würden wohl sagen: ein Rechter).*

*Was ist so gefährlich an mir? Nun, ich wünsche mir die Wiedervereinigung Deutschlands. So, wie es in der Präambel des Grundgesetzes, unserer vorläufigen Verfassung, stand, als es geschrieben wurde. Wie? Ja, natürlich weiß ich, daß unser Ostdeutschland heute zu Polen bzw. zu Russland gehört. Ja, und? Darf ich trotzdem meinen Wunsch aufrecht erhalten?*

*Ich wünsche mir, daß wir als Volk unsere Identität bewahren. Das ist eigentlich nichts besonders Erwähnenswertes – jeder Patriot in welchem Land der Erde auch immer wünscht sich das. Ich wünsche mir also nur, was sich auch jeder Türke, Senegalese oder Franzose wünscht. Ich darf das nur nicht. Es widerspricht dem Zeitgeist. Ich habe multi-kulturell zu sein – was für mich nicht zwangsläufig im Widerspruch zur von mir gewünschten Volks-Identität steht, aber das glaubt mir niemand. Es mag auch niemand hören, denn es gibt eine bundesweite Vereinbarung aller Demokraten: Man spricht nicht mit mir. Ich werde ignoriert, man schweigt mich still. Natürlich kann es sein, daß ich zu offensichtlich mein Bekenntnis zeige – indem ich z.B. ein Ladenlokal eröffne, um dort Nationale Waren zu verkaufen. Nein, nicht Shiloms, Bongs und Pilze, die man zu sich nimmt, um einen Rausch zu bekommen. Auch keine Pornos möchte ich verkaufen, Peep Shows sind nicht mein Ding und Prostitution in jeglicher Form lehne ich ab, denn sie erniedrigt die Frau – auch die deutsche Frau – zur Ware. Aber ich schweife ab, entschuldigung. Zurück zum Thema: Wenn nun also jemand einen Nationalen Laden aufmacht, um dort z.B. Tonträger mit nationaler Musik zu verkaufen, Bekleidung etc., dann kann es ihm passieren, daß ringsum an den Häuserwänden Plakate angebracht werden: „Kauft nicht beim Nazi“. Nein, das ist kein böser Witz, das ist passiert und das passiert immer noch.*

*Ich wünsche mir, daß die Leute fragen, wenn sie etwas nicht verstehen, was ich sage oder schreibe. Daß sie mit mir diskutieren und auch einmal zuhören. Daß wir demokratisch miteinander umgehen.*

*Ich wünsche mir Volks-Souveränität. Das ist, wenn ein Volk sich selbst eine Regierung seiner Wahl geben darf und dann durch die auch sein, des Volkes, eigenes Geschick verwalten und verantworten darf. Das ist so nicht bei uns, im Gegenteil. Bei uns ist es so, daß die Nationen-Grenzen wegfallen werden. So wollen es unsere Politiker. Dieselben,*

die Sie wählen. Bald werden Sie sie nicht mehr wählen können. Denn bald gibt es Deutschland nicht mehr.

Ich wünsche mir frei zu leben, sozial zu handeln und national zu agieren. Dafür setze ich mich ein. Wissen Sie, was ein Pawlow'scher Reflex ist? Ja, sicher. Sie sind ZEIT-Leser, die wissen das. Falls doch nicht: Schauen Sie doch einmal auf die ZEIT-Netzseite [www.netz-gegen-nazis.de](http://www.netz-gegen-nazis.de) Prima Sache. Fand ich. Auch meine Lieblings-Wochenzeitung, auf deren Erscheinen ich mich seit mehreren Jahrzehnten jeden Donnerstag freue, beteiligt sich jetzt also im Kampf gegen Nazis. Der Begleittext auf der Netzseite hat mich dann etwas ernüchtert. Dort wird nur noch von Rechten gesprochen. Genauer: Vom Kampf gegen Rechts, der unbedingt geführt und gewonnen werden muß. Nirgends dort konnte ich eine Definition dessen finden, was denn nun Rechts ist. Ist Rechts, also das Nazi-Rechts, rechts von CDU/CSU? Wahrscheinlich, oder? Oder ist Rechts identisch mit rechtsextremistisch, rechtsradikal? Ich weiß es nicht. Aber ich weiß mittlerweile, daß niemand es so genau wissen will. Das wäre unpraktisch, man verlöre dann dieses Zuchtmittel, mit dem man jede Kritik sofort abwürgen kann. Gegen Rechts ist identisch mit Gegen Nazis. Und das kann einfach nicht verkehrt sein.

Ich wünsche mir, daß die EU damit aufhört, den Senegalesen und den Menschen in Mosambik den Fisch zu stehlen. Das funktioniert so: Die EU kauft diesen Ländern für kleines Geld die Fischereirechte in deren 200 Meilen-Zone ab. Daß es dabei nicht mit rechten Dingen zugeht, geben einige EU-Beamte ganz offen zu. Dann werden die Hochseefischerei-Flotten der Spanier von der EU subventioniert. Und die fahren dann vor die Küste dort und räumen die Fanggebiete leer. Die Senegalesen, die mit ihren kleinen Kuttern und Pirogen hinaus aufs Meer fahren, um ihre Familien vom Fang zu ernähren, schauen in die Röhre. Sie sind vom Hunger bedroht. Wenn ich nun Neger sage und schreibe: „Ich lasse den Neger dort im Senegal und in Mosambik ihren Fisch.“ dann wird ein Aufschrei

der Empörung durch das Forum wabbern. Denn das Wort Neger entspricht nicht der Political Correctness (Diesen Anglizismus lasse ich bewußt stehen, denn er stammt vom scheinheiligen amerikanischen Puritanismus). Wenn aber die EU eben diesen Neger die Lebensgrundlage stiehlt, dann interessiert das niemanden der Gutmenschen. Wer ist nun böse? Ich, der Nationalist, der dem Neger seinen Fisch läßt und bestes Gelingen für seine eigene Souveränität wünscht? Oder die EU-Gutmenschen, die Multi-Kulti heucheln, aber die Neger kalt verhungern lassen.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen angelangt. Ich habe mich „geoutet“. Wäre mein „Outing“ sexuellen Inhaltes, so würde mir nun ganz sicher applaudiert. Aber ich „oute“ mich als Rechter, als Nationalist. Und ich bin sogar noch stolz darauf.

Was wird nun geschehen? Ein stillschweigendes Sperren durch die Redaktion? Eine Organisation der Gutmenschen „Schreibt nicht mit dem Nazi“? Ich lasse mich überraschen.

Heinz\_OH

---



kein  
mensch  
ist  
illegal

**Illegal? Auch egal!**

kein  
mensch  
ist  
illegal

Was passiert, wenn eine französische Sozialarbeiterin einen illegalen Einwanderer ohne Papiere meldet? Ganz einfach, sie muss ein Jahr ins Gefängnis wegen Brechens der Schweigepflicht und 15.000 Euro Strafe zahlen. Der Illegale wird nicht gefangen genommen und nicht ausgewiesen, sondern sofort freigelassen.

[Le Figaro berichtet](#) über den „unprofessionellen“ Fehler der Sozialarbeiterin, welche die Frechheit besaß, einen illegalen Senegalesen zu melden.

Er war über Italien eingereist, hatte in Frankreich keine Aufenthaltsgenehmigung und lebte von der französischen Sozialhilfe. Doch die Meldung der Sozialarbeiterin hatte für ihn keinerlei Auswirkungen, vielmehr jedoch für sie selbst. Ihr droht jetzt ein Jahr Haft und eine Buße von 15.000 Euro wegen Verletzung des Berufsgeheimnisses.

*(Spürnase: Anne H.)*



# Muslime wollen sich gegen Kritik wehren



„Robust“, wie auch immer das gemeint ist, will die OIC, das gemeinsame Sprachrohr der Steiniger- und Handabhackerstaaten, sich gegen die „Kampagne der Diffamierung, Verunglimpfung, Intoleranz und der Diskriminierung“ [wehren](#), der die Muslime durch die westliche Welt ungerechterweise pausenlos ausgesetzt sind.

Muslimischer Logik folgend denkt man natürlich nicht an ein entschiedenes Vorgehen gegen die [Missstände im eigenen Lager](#), um den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, sondern an ein Bekämpfen der Kritiker selbst. Mit legalen Mitteln natürlich, wie das bei der Religion des Friedens und der Barmherzigkeit üblich ist.

*Sie beschlossen einen Plan zu erarbeiten, wie man unter anderem von Dänemark aufgrund der Mohammed-Karikaturen Entschädigung verlangen könnte. Ein Problem sieht die Organisation vor allem in der westlichen Meinungsfreiheit. „Ich denke nicht, dass Meinungsfreiheit die Freiheit zur Gotteslästerung meint. Es kann keine Freiheit ohne Grenzen geben“, sagte der senegalische Präsident, Abdoulaye Wade, dazu auf dem Gipfeltreffen.*

Also sprachen die Experten für Meinungsfreiheit und deren Grenzen. Selbst immer an vorderster Front, wenn es gilt, gegen Einmischung von außen in eigene Angelegenheiten zu



protestieren, ist man genauso schnell dabei, wenn es darum geht, anderen Staaten Vorschriften zu machen. Unterstützung von nützlichen Idioten, die nichts mehr hassen als sich selbst, gibt es im Westen genug, und sie sitzen durchaus nicht nur im linken und grünen Lager.

Die *Welt* hat den Kommentarbereich [offen gelassen](#). Die Fülle von Zuschriften zeigt, dass die muslimischen Unverschämtheiten dem „normalen“ Bürger durchaus bewusst und die Unterwürfigkeit der eigenen Politiker zuwider sind.

*(Spürnasen: Comeback und viele andere)*

---



## Islam: Kein Bedarf an religiöser Toleranz



Am vergangenen Freitag tagte die UNO Menschenrechtskommission und verabschiedete kurz vor Schluss der Sitzung noch eine [Resolution zur Abschaffung aller Formen von Intoleranz und und Diskriminierung](#) aufgrund von Religion

oder Glauben. Von den 47 Mitgliedsstaaten der Kommission, die zum großen Teil selbst berüchtigte Diktaturen sind, stimmten lediglich 29 für den Antrag, die restlichen 18 enthielten sich der Stimme. Bemerkenswert ist das Verhalten der islamischen Staaten.

Den Muslimen, immer vorne dabei, wenn es darum geht, die Toleranz des Westens für ihre eigenen Glaubensbrüder einzufordern, konnten sich mit der generellen Forderung nach Toleranz für alle Religionen nicht recht anfreunden. Schon am Entwurf der Resolution waren unter 57 Staaten nur 16 Kommissionsmitglieder beteiligt, darunter kein islamischer Staat.

Von den 56 Mitgliedsstaaten der „Organisation der islamischer Konferenz“ unterstützten lediglich zwei, nämlich Albanien und die Türkei die Forderung. Beide sind nicht in der Menschenrechtskommission vertreten.

Der Vertreter Saudi-Arabiens erklärte die islamische Zurückhaltung nach dem Ende der Sitzung: Die Scharia sei nicht zu kritisieren und der Islam eine Religion der Brüderlichkeit, Toleranz und Gleichheit und frei von jedweder Diskriminierung.

In Saudi Arabien ist, wie in den meisten islamischen Ländern die Ausübung anderer Religionen als des Islam, wie auch die Einfuhr von Bibeln, strengstens untersagt. Schlimmer noch etwa im Urlaubsparadies Malediven, wo christlichen Bürgern die Staatsangehörigkeit abgesprochen wird.

Folgende Mitglieder der Menschenrechtskommission stimmten für den Antrag:

*Angola, Bolivia, Bosnia and Herzegovina, Brazil, Canada, Cuba, France, Germany, Ghana, Guatemala, India, Italy, Japan, Madagascar, Mauritius, Mexico, Netherlands, Nicaragua, Peru, Philippines, Republic of Korea, Romania, Russian Federation, Slovenia, Switzerland, Ukraine, United Kingdom, Uruguay and Zambia.*

Diese enthielten sich der Stimme:

*Azerbaijan, Bangladesh, Cameroon, China, Djibouti, Egypt, Gabon, Indonesia, Jordan, Malaysia, Mali, Nigeria, Pakistan, Qatar, Saudi Arabia, Senegal, South Africa and Sri Lanka.*

---

## Penis - Schwund durch Händeschütteln

Schwarze Magie kursiert im zu 94 % mit sunnitischen Muslimen bevölkerten Senegal. Zwei Tatverdächtige wurden deswegen bereits festgenommen. Die Anklage: Sie sollen durch dunkle, magische Kräfte die Penisse von elf Männern zum Schrumpfen gebracht haben.

Darüber berichten heute auch [diepresse.at](http://diepresse.at) und andere. Nach Angaben der Polizei haben die Betroffenen Anzeige gegen die mutmaßlichen Täter erstattet. Jetzt sind die beiden Männer in Polizeigewahrsam.

Der angebliche Tathergang: Die beiden Verdächtigen sollen sich ihren männlichen Opfern genähert haben, um sie beim Händeschütteln mit schwarzer Magie zu verhexen. Später soll ein Komplize die Opfer auf den Schwund aufmerksam gemacht haben. Bei entsprechender Bezahlung boten die Täter an, den Zauber rückgängig zu machen.

Nach Justizangaben ist ein derartiges Delikt weder im Strafgesetzbuch des Senegal noch wohl sonst irgendwo vorgesehen. Die Kläger müssen darum den Penis-Schwund zuerst beweisen, damit die Verdächtigen vor Gericht gestellt werden können.

Die [Süddeutsche](#) fügt hinzu:

*Dies ist nicht der erste bekannt gewordene Vorfall in dem westafrikanischem Land. Schon vor zehn Jahren machten Gerüchte über derartige Methoden die Runde. Unter normalen Umständen ließe sich ein solcher Fall mit Humor betrachten, wären nicht mehrere Verdächtige damals in Ziguinchor und Dakar zu Tode geprügelt worden. Es wird angenommen, dass dieser Aberglaube aus Nachbarländern wie Kamerun, der Elfenbeinküste und Ghana stammt, wo ähnliche Vorfälle, auch „Koro“ genannt, bekannt geworden sind.*

[Wikipedia](#) über den Begriff „Koro“:

*Koro (malaiisch, etymologisch strittig, vielleicht „schrumpfend“ oder „Schildkröte(nkopf)“) beschreibt eine in Indonesien und Malaysia vorkommende Störung. In China wird diese Suo yang (Mandarin) oder Shuk yang, S(h)ook yong (Kantonesisch) („schrumpfender Penis“) genannt. Im Westen wird übergreifend von Syndrom der genitalen Retraktion (Abk. SGR) oder genital retraction syndrome gesprochen. Da das Syndrom eine psychische Störung darstellt (und meist als Angststörung aufgefasst wird), wird auch der präzisere Terminus genital-retraction anxiety disorder benutzt. Die Störung besteht in der irrationalen Vorstellung, dass der eigene Penis schrumpfe oder sich in den eigenen Körper zurückziehe und man davon sterbe. Eine tatsächliche Penisretraktion geschweige denn eine Todesgefahr bestehen dabei nicht.*

Intessant: Aus dem Senegal kommt ebenfalls Doudou Diène, Sonderberichterstatter der Uno, der kürzlich der Schweiz tiefverwurzelte Fremdenfeindlichkeit und Rassismus unterstellt hat. Sein Land scheint ja wirklich um Einiges fortschrittlicher zu sein als die Schweiz, insbesondere was den Einsatz schwarzer Magie betrifft.

(Spürnase: Jean)

---



## Viel Lärm ums Schaf...

☒ Am 21. Oktober wird in der Schweiz das [Parlament](#) – bestehend aus National- und Ständerat – neu gewählt. Vermutlich bleibt im Großen und Ganzen alles so, wie es ist, auch nach den Wahlen, und die [Hellebarden](#) werden im Schrank verbleiben.

Doch wie auch immer das Volk sich entscheiden wird, hat der Wahlkampf unerwartet weite Kreise gezogen, insbesondere mit einer Geschichte über Schafe und Menschen. So sieht der [Spiegel](#) in diesen schwarzen Schafen, die auf Grund ihrer Verbrechen das Land verlassen sollen, unbedingt schwarze Menschen und hinter den Schafszeichnern „braunes Gedankengut“.

[Gastautor Michael Soukup](#), sonst für das Ressort „Multimedia“ bei der linksliberalen Schweizer *Sonntagszeitung* zuständig, bezeichnet darin die Plakate zur eidgenössischen Volksinitiative „[Sicherheit schaffen – Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer](#)“, der derzeit stärksten Schweizer Partei SVP als ausländerfeindlich und aggressiv. Die SVP betreibe einen, „rüden Umgangston“ im Wahlkampf sowie einen „Personenkult um den Spitzenkandidaten“ Justizminister Christoph Blocher.

Als erster in den Reihen der Rüger namentlich benannt wird der

UNO-Sonderberichterstattung über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, der 66-jährige Senegalese [Doudou Diène](#), der der Schweiz im UNO-Menschenrechtsrat Rassenhass vorgeworfen und den Rückzug der berühmt-berüchtigten Schäfchen-Plakate der Schweizerischen Volkspartei (SVP) verlangt hat. Der *Spiegel*-Artikel geht sogar soweit, Parallelen zwischen den Schäfchenplakaten und der Propaganda des Dritten Reichs und dem faschistischen Führerkult zu ziehen.

Zur Legitimation dieser Einschätzung wird angeführt, dass die NPD in Hessen das Plakat inzwischen adaptiert hat, um es im Landtagswahlkampf zu nutzen. Doch was hat die Schweizer SVP mit dem Klau ihrer Plakate durch die Hessische NPD zu tun? Die SVP selber bezeichnet die Adaptation unmissverständlich als Missbrauch, gegen die sie rechtlich vorgehen wird.

Inzwischen machen offenbar sogar Kantonsbehörden und -organisationen mit einem „weltoffenen und gastfreundlichen“ Gegenbild mobil gegen das Schafsplakat. Die SVP-Initiative hat darüber hinaus international bereits so weite Kreise gezogen, dass sogar ausländische Medien wie der [Independent](#) sich anmassen, über sie zu urteilen. Die britische Zeitung stellte kürzlich auf der Titelseite die Frage: „Switzerland. Europe’s Heart of Darkness?“ – „Die Schweiz, Europas Herz der Finsternis?“

Die scharfe Rüge an die SVP aus dem In- und Ausland ist nicht zuletzt auch eine Kritik an der Person des Schweizer Justizministers, Bundesrat Christoph Blocher, der für den 21. Oktober, dem Tag der Schweizer Parlamentswahlen, „die große konservative Wende“ vorausgesagt hat.

Doch der Spiegel sieht finstere Mächte im Spiel:

*„Ob die erschreckend unbekümmerten Vergleiche aus der braunen Vergangenheit Europas auch etwas mit der Vergangenheit der Schweiz zu tun hat? Der neutrale Kleinstaat blieb sowohl vom*

*Nationalsozialismus, Faschismus wie auch Bolschewismus weitgehend verschont.“*

Vielleicht sollte sich der Spiegel auch die Frage gestatten, warum das so ist, und ob seine Vorwürfe einer kritischen Rückfrage überhaupt standhalten...

» Kontakt: [michael.soukup@sonntagszeitung.ch](mailto:michael.soukup@sonntagszeitung.ch)

*(Spürnasen: Urs Schmidlin, Florian G., Koltschak und Jonas Z.)*

---



## Europa: Blaues Wunder mit der „Blue Card“



SVP-Nationalrat [Ulrich Schlüer](#) gibt ein eigenes vierzehntäglich erscheinendes Magazin [Schweizerzeit](#) heraus. Wir veröffentlichen im Folgenden einen Beitrag aus der neusten Ausgabe von Reinhard Wegelin, dem Redakteur der *Schweizerzeit*, über die Schleusenöffnungen innerhalb der Europäischen Union und ihre möglichen Folgen.

Um „wettbewerbsfähig“ zu bleiben, plant die Europäische Union ein gigantisches Projekt. Sie will in den nächsten zwanzig

Jahren rund zwanzig Millionen Menschen aus Asien und Afrika zu einer permanenten Aufenthaltsbewilligung in der EU verhelfen. Die Staaten, aus denen die „neuen europäischen Mitbürger“ angeworben werden sollen (z.B. das afrikanische Mali), sind fast ausschließlich islamische Staaten.

Nach dem Vorbild der amerikanischen „[Green Card](#)“ will die EU eine so genannte für neue „Mitbürger“ aus Staaten der Dritten Welt im Schnellverfahren einführen. Nach fünf Jahren Aufenthaltsdauer in einem EU-Land sollen die Angeworbenen automatisch die permanente Aufenthaltsgenehmigung für die EU bekommen.

Laut einem Bericht der „Financial Times“ vom 12. September 2007 fordert EU-Justizkommissar Franco Frattini, dass die gesamte EU ihre „Abschottungsstrategie“ ändere und Millionen dringend gesuchter Arbeitskräfte aus aller Welt leichter in Europa arbeiten lasse. Er will den Ministern der EU-Staaten in Kürze einen Gesetzesvorschlag unterbreiten. Frattini weiter: „Wir dürfen Immigration nicht als Bedrohung sehen“, sagte er. Wenn Immigration gut gemanagt werde, sei sie eine Bereicherung. Sie sei ohnehin ein „Phänomen der heutigen Zeit“, sagte der EU-Kommissar in seiner Multi-Kulti-Euphorie.

## **Verwirrspiele**

Nach heftiger Kritik – insbesondere aus Deutschland – erklärte Frattini am 14. September 2007, die Maßnahmen würden „keinen Eingriff in die Souveränität der Mitgliedstaaten bezüglich des Umfangs der Einwanderung“ bedeuten. Das ist in der Geschichte der EU-Institutionen eine bekannte Strategie, mit aus der Luft gegriffenen, schwer überprüfbaren Behauptungen, aufkommende Kritiker zu besänftigen. An der Tatsache einer massiv stärkeren Einwanderung aus nicht-europäischen, zumeist muslimischen Ländern dürfte sich jedoch nichts ändern.

## **Wirtschaftliche Begründungen**

Frattini, der Mitglied der konservativen Partei „[Forza Italia](#)“



ist, begründet sein Ansinnen im übrigen mit der Tatsache, dass die USA Talente anziehen würden, Europa hingegen nicht. 85 Prozent der ungelernten Arbeitskräfte aus Drittländern kämen in die EU, während 55 Prozent der Fachkräfte in die USA auswanderten. Frattini hob hervor, dass die Europäische Union wegen der Alterung und Schrumpfung ihrer Bevölkerung Einwanderung in den nächsten Jahrzehnten dringend benötige. In Ländern wie Deutschland werde der arbeitsfähige Teil der Bevölkerung schon kleiner, in einigen Branchen herrsche bereits heute ein Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften.

## **Demographie**

In der EU ist der Arbeitsmarktzugang für Bürger aus Drittstaaten bisher nicht einheitlich geregelt. Frattini bekräftigte, dass weiterhin die Mitgliedstaaten über das Mass der Zuwanderung auf ihre jeweiligen Arbeitsmärkte entscheiden sollen. Vor allem Deutschland hat sich unter Verweis auf die hohe Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren immer wieder gegen eine EU-Regelung zur Öffnung der Arbeitsmärkte gewehrt.

In den kommenden Jahrzehnten werde die EU-Bevölkerung von jetzt 490 Millionen Menschen zu sinken beginnen. Im Jahr 2050 werde jeder dritte EU-Europäer älter als 65 Jahre sein, sagte Frattini.

## **„Sie werden in jedem Fall kommen“**

Erstmals will die EU afrikanischen Einwanderern mittels so genannten Job-Zentren in Anwerbe-Regionen legale Arbeitsmöglichkeiten in der Europäischen Union verschaffen und damit – wie sie sagt – die illegale Migration durch Schlepper und Todesfahrten besser bekämpfen. Die EU-Kommission, Frankreich und Spanien haben sich mit dem westafrikanischen Staat Mali auf eine Vereinbarung über ein Pilotprojekt bereits geeinigt. Der Bau eines Informationszentrums für zehn Millionen Franken ist in Planung. Erstmals verfolge die EU damit einen anderen und „humanen Ansatz“ im Kampf gegen die

massenhafte illegale Zuwanderung aus Westafrika, sagte EU-Kommissionssprecher Amadeu Altafaj-Tardio. Mali sei ein besonders wichtiges Ursprungsland illegaler Migration, 27 Prozent der malischen Bevölkerung lebten schon heute im Ausland. Ziel der Initiative sei letztlich der Aufbau eines Netzwerkes gegen die illegale Migration. Weitere Projekte könnten z.B. im Senegal folgen. Mehr als neunzig Prozent der Einwohner Malis sind Muslime.

Auf Fragen, ob diese Absichten nicht im Widerspruch zu den Arbeitsbeschränkungen für die neuen osteuropäischen EU-Staaten in vielen Ländern der Union stünden, erklärte der Sprecher, die EU müsse die Realitäten der massiven Zuwanderung aus Afrika zur Kenntnis nehmen. „Es gibt Leute, die bereit sind, dafür ihr Leben zu riskieren“, sagte Altafaj-Tardio. „Sie werden in jedem Fall kommen.“ Die EU müsse mittel- und langfristig über Alternativen nachdenken. Diese Aussage dokumentiert, dass die EU vor der illegalen Einwanderung längst kapituliert, ja diese Einwanderung mit allerlei Massnahmen und Amnestien gar noch beschleunigt hat.

Bayerns Innenminister Günter Beckstein bezeichnete die Pläne Brüssels als unbrauchbar. Diese Reform des europäischen Einwanderungsgesetze könnte zu einem deutlichen Anstieg der ausländischen Bevölkerungsanteils führen. Laut „Financial Times“ könnte er sich bis zum Jahr 2030 mehr als verdoppeln.

Nicht diskutiert wird in der EU offensichtlich, dass die Massenzuwanderung aus der islamischen Welt ein potentiell Sicherheitsrisiko darstellt. Denn niemand kann genau sagen, wie viele der in den EU-Staaten lebenden muslimischen Zuwanderer ein nach aussen hin angepasstes Leben führen, im Geheimen aber auf die Zerstörung der ihnen verhassten christlich-abendländischen Kultur hinarbeiteten. Europa darf auf keinen Fall dulden, dass die Zuwanderung zu einem Vehikel für den Import islamischer Fundamentalisten und Terroristen wird.

Zu fragen ist auch, ob in Zeiten der höchsten terroristischen Bedrohungen weitere Muslime nach Westeuropa kommen sollen. Die nun von der EU geplanten Anwerbestationen vor allem in muslimischen Ländern zeigen, dass die EU Gefahr läuft, so genannte „Schläfer“ einwandern zu lassen.

### **„Regelmässige“ Einwanderung**

Bereits 2005 hatte Frattini ein Grünbuch „über ein EU-Konzept zur Verwaltung der Wirtschaftsmigration“ vorgestellt. Der Bedarf des EU-Arbeitsmarkts könne nur „durch eine kontinuierliche Einwanderung“ gedeckt werden. Eine regelmässige Einwanderung sei auch zur Sicherung des Wohlstands in Europa vonnöten. Weiter hiess es dort: „Eine Intensivierung der Politik zur Anwerbung von Wirtschaftsmigranten und zur Erleichterung ihrer Aufnahme verlangt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten sehr aufmerksam beobachten, ob starke Abwanderungsströme negative Folgen für das Herkunftsland haben.“ Interessant ist, dass die umgekehrte Frage, nämlich ob starke Zuwanderungsströme negative Folgen für die EU haben könnten, von der EU-Kommission einfach ausgeklammert wird.

Zu fragen bleibt: Wird die Schweiz auch von Einwanderern überschwemmt, welche die EU in Afrika und Asien rekrutiert? Gelten die mit der EU ausgehandelten Bestimmungen bei der Personenfreizügigkeit auch für solche Einwanderer mit „[Blue Card](#)“, welche nach fünf Jahren ein Bleiberecht erhalten sollen? Und hat man sich die Frage auch schon einmal überlegt, ob die Gleichung „mehr Einwanderer gleich mehr Arbeitslose“ vielleicht doch stimmen könnte?

Europa dürfte mit der Einführung der „Blue Card“ noch sein blaues Wunder erleben.

Quelle: <http://www.schweizerzeit.ch>

Kontakt: [info@schweizerzeit.ch](mailto:info@schweizerzeit.ch)

(Spürnase: Martin aus Zürich)